

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Fachausschusses für
Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen

Sitzungstermin:	Dienstag, 10.09.2013
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr
Sitzungsende:	20:36 Uhr
Ort, Raum:	Besprechungsraum 1, Zimmer-Nr. 2.29, Bahnhofstraße 2 (Rathaus), 35260 Stadtallendorf,

Anwesend sind:

Frau Ilona Schaub

Herr Werner Hesse

Herr Markus Becker

Herr Jürgen Berkei

Herr Thomas Dziuba

Herr Dieter Erber

Herr Michael Feldpausch

Herr Reinhard Kauk

Herr Stephan Klenner

(Vertreter für Frau Stv. März)

Herr Klaus Ryborsch

Herr Manfred Thierau

Herr Bernd Waldheim

Herr Friedhelm Wieber

(Vertreter für Herrn Stv. Koch)

Stadtverordnetenvorsteher:

Herr Hans-Georg Lang

Stellv. STVVorsteher/in:

Herr Frank Hille

Herr Wolfgang Salzer

Vom Magistrat:

Herr Otmar Bonacker

Herr Christian Somogyi

Schriftführer:

Herr Wigbert Feldpausch

Gast:

Herr Michael Rinde, Oberhessische Presse

Von der Verwaltung:

Herr Friedrich Greib

Entschuldigt fehlen:

Herr Winand Koch

Frau Maria März

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
 - 2 Genehmigung der Niederschrift vom 25.06.2013
 - 3 Beratung von eingegangenen Anträgen
 - 3.1 Förderung für Familien; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 22.08.2013 (eingegangen am 23.08.2013)
Vorlage: CDU/2013/0005
 - 3.2 Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 22.08.2013 (eingegangen am 23.08.2013)
Vorlage: CDU/2013/0006
- Beschlüsse**
- 4 Wahl eines stellvertretenden Schriftführers
- Kenntnisnahmen**
- 5 Sanierung der Heizungsanlage/Wärmeversorgung und des zentralen Trinkwassersystems im Bürgerhaus Schweinsberg/Feuerwehrgerätehaus Schweinsberg; hier: Beauftragung des Ingenieurbüros Neuplan, Flutgraben 4 – 12, 35390 Gießen (Leistungsphase 5-9)
Vorlage: DuI/2013/0009/1
 - 6 Transaktionsprozess E.ON-Mitte AG
Vorlage: FB1/2013/0069
 - 7 Mitteilungen
 - 8 Verschiedenes

Inhalt der Verhandlungen:

Zu 1 Eröffnung und Begrüßung

Die Vorsitzende, Frau Stv. Schaub, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Besonders begrüßt sie Herrn Bürgermeister Somogyi, Herrn Stadtverordnetenvorsteher Lang, Herrn Ersten Stadtrat Bonacker, die Herren Greib und Feldpausch von der Verwaltung und Herrn Rinde von der Oberhessischen Presse.

Die Einladung ist form- und fristgerecht ergangen. Ergänzend zur Tagesordnung verweist die Vorsitzende auf die Tischvorlage „Transaktionsprozess E:ON-Mitte AG“ und schlägt vor, diese Vorlage als TOP 6 in die Tagesordnung mit aufzunehmen. Hiergegen erheben sich keine Einwände.

Zu 2 Genehmigung der Niederschrift vom 25.06.2013

Die Vorsitzende verweist hierbei auf den vorliegenden schriftlichen Einwand des Herrn Stv. Dziuba. Hierbei geht es um die Äußerung des Herrn Stv. Hesse, dass derzeit die Gesamtzahl der Stromausfälle (Blackout-Zeiten) bekanntgegeben werden, aber keine Informationen bezüglich der Dauer und örtlichen Zuordnung

erfolgen. Er bittet daher, für die Zukunft diese Informationen zur Verfügung zu stellen.

Die Vorsitzende schlägt daher vor, die vorgenannten Äußerungen von Herrn Stv. Hesse in die Niederschrift vom 25.06.2013 unter Punkt 10 aufzunehmen und bittet hierüber um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 11 dafür (CDU, SPD, B90/GRÜNE, REP)
2 Enthaltungen (CDU, SPD)

Zu 3 Beratung von eingegangenen Anträgen

Zu 3.1 Förderung für Familien; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 22.08.2013 (eingegangen am 23.08.2013) Vorlage: CDU/2013/0005

Die Vorsitzende verweist auf den vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 22.08.2013 zum Thema „Förderung von Familien“. Herr Stv. Hille erläutert den Antrag und weist darauf hin, dass Familien trotz möglicher Ausschöpfung der bislang dafür vorgesehenen Mittel weiterhin beim Erwerb selbstgenutzten Wohnraums unterstützt werden sollen.

Herr Stv. Hesse weist darauf hin, dass bei der vorliegenden freiwilligen Leistung die Erstellung eines Nachtragshaushaltsplanes nicht vertretbar ist.

Herr Bürgermeister Somogyi schlägt vor, die fehlenden Haushaltsmittel in 2013 für das Jahr 2014 bereit zu stellen.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang stellt fest, dass die vorgenannte Aussage von Herrn Bürgermeister Somogyi dem Antrag seiner Fraktion entgegen kommt.

Herr Stv. Hesse unterstützt die vorgenannte Vorgehensweise.

Zu 3.2 Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 22.08.2013 (eingegangen am 23.08.2013) Vorlage: CDU/2013/0006

Die Vorsitzende verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion vom 22.08.2013. Herr Stv. Klenner erläutert den Antrag. Er stellt dabei klar, dass dieser Antrag losgelöst von den in Kürze stattfindenden Wahlen entstanden ist. Vielmehr lautet die Intension, hier eine besondere Form des Gedenkens zu finden, damit auch die heutige Generation einen Bezug zu diesem Thema erhält.

Herr Stv. Hesse bittet zu beachten, dass ein derartiger Gedenktag mit Leben gefüllt und in angemessener Form durchgeführt werden muss.

Herr Stv. Feldpausch unterstützt die Ausführungen von Herrn Stv. Hesse und bittet auch um eine sorgfältige Vorbereitung für das Programm eines solchen Gedenktages. Daher sollte nach seiner Meinung über diesen Antrag erst nach den Wahlen entschieden werden.

Herr Stv. Ryborsch sieht in dem Kapitel der Heimatvertriebenen einen fortlaufenden Prozess und stellt klar, dass der Antrag losgelöst von den bevorstehenden Wahlen zu sehen und vielmehr in die Zukunft gerichtet ist.

Herr Stv. Salzer unterstützt die Auffassung von Herrn Stv. Feldpausch und schlägt vor, über diesen Antrag zu einem späteren Zeitpunkt abzustimmen.

Auch Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang betont, dass dieser Antrag in keinem Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen steht, schlägt aber vor, die weitere Vorgehensweise nochmals intern in der CDU-Fraktion zu besprechen, um den Antrag zurückzustellen.

Zu Beschlüsse

Zu 4 Wahl eines stellvertretenden Schriftführers

Hierzu gibt die Vorsitzende, Frau Stv. Schaub, folgende Informationen:

Der bisherige stellvertretende Schriftführer, Herrn Wigbert Feldpausch, wurde zum 01.03.2013 in den Eigenbetrieb Dienstleistungen und Immobilien versetzt. Daher schlägt die Verwaltung Herrn Markus Harder zum stellvertretenden Schriftführer vor. Herr Harder ist in der Sitzung persönlich nicht anwesend, hat jedoch schriftlich erklärt, dass er im Falle seiner Wahl zum stellvertretenden Schriftführer diese annimmt.

Die Vorsitzende bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Die Mitglieder des Fachausschusses für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerungen, Finanzen wählt Herrn Markus Harder zum stellvertretenden Schriftführer.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

Zu Kennntnisnahmen

**Zu 5 Sanierung der Heizungsanlage/Wärmeversorgung und des zentralen Trinkwassersystems im Bürgerhaus Schweinsberg/Feuerwehrgerätehaus Schweinsberg; hier: Beauftragung des Ingenieurbüros Neuplan, Flutgraben 4 – 12, 35390 Gießen (Leistungsphase 5-9)
Vorlage: DuI/2013/0009/1**

Die Vorsitzende ruft die Vorlage zur Beratung auf. Herr Bürgermeister Somogyi erläutert die Vorlage und weist auf die besondere Dringlichkeit der Erneuerung der Heizungsanlage im Bürgerhaus Schweinsberg hin.

Kenntnisnahme:

1. Die Heizungsanlage/Wärmeversorgung für das Bürgerhaus Schweinsberg/Feuerwehrgerätehaus Schweinsberg wird erneuert.
Im Zuge dessen werden die notwendigen Sanierungen im zentralen Trinkwassersystem (gem. DIN- und Hygienevorschriften) durchgeführt.

2. Die ermittelten Kosten lt. Kostenberechnung nach DIN 276 betragen:

	netto	Mwst.	brutto
KG 400	78.154,00 €	14.849,26 €	93.003,26 €
Baunebenkosten	20.426,68 €	3.881,07 €	<u>24.307,75 €</u>
			117.311,01 €

Die Kosten werden wie folgt finanziert:

Im Wirtschaftsplan – Erfolgsplan - bereits als Einzelmaßnahme berücksichtigt:

BGH Schweinsberg	35.000,00 €
FWG Schweinsberg	<u>10.000,00 €</u>
	45.000,00 €
Wirtschaftsplan – Erfolgsplan allgemeine Mittel - Instandhaltung	<u>72.311,01 €</u>
	117.311,01 €

3. Das Ingenieurbüros Neuplan, Flutgraben 4 – 12, 35390 Gießen, wird der Erneuerung/Sanierung der Heizungsanlage und der Wasserverteilung beauftragt.

Die Beauftragung wird um die Leistungsphasen 5 – 9 erweitert.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**Zu 6 Transaktionsprozess E.ON-Mitte AG
Vorlage: FB1/2013/0069**

Die Vorsitzende ruft die Vorlage zur Beratung auf. Herr Greib erläutert ausführlich die Vorlage. Die Fragen der Herren Stv. Dziuba und Erber dahingehend, ob die Namen der beteiligten Gemeinden bekannt sind, verneint Herr Greib.

Herr Stv. Ryborsch sieht einen möglichen Widerspruch bei einer Kreditaufnahme in Verbindung mit der vorgegebenen Haushaltskonsolidierung.

Herr Stv. Hesse unterstützt die Vorgehensweise der vorliegenden Vorlage und unterstreicht, dass erst bei Vorliegen aller wichtigen Informationen konkrete Entscheidungen getroffen werden.

Kenntnisnahme:

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung vom 31.01.2013 ihr grundsätzliches Interesse bekundet, an der Rekommunalisierung der E.ON-Mitte AG teilzunehmen und ggf. - soweit finanziell vertretbar - Anteile zu erwerben.

Daher wurde der Magistrat beauftragt, den Transaktionsprozess der E.ON-Mitte AG zu beobachten und zu begleiten.

Darüber hinaus hat die Stadtverordnetenversammlung festgelegt, sie regelmäßig über den Sachstand des Prozesses zu informieren.

- 1) Im Herbst des vergangenen Jahres konnten sich die Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Netzgebiet der E.ON-Mitte AG in zentralen Veranstaltungen über die Möglichkeit an einer Beteiligung informieren. Im Anschluss daran, haben mehr als 200 Kommunen ihr grundsätzliches Interesse bekundet.

Um das Interesse der Kommunen zu bündeln, wurde eine Verhandlungsgruppe (Lenkungsausschuss) gegründet und der Bürgermeister der Stadt Borken, Herr Bernd Heßler, zum Vorsitzenden des Lenkungsausschusses gewählt.

Weitere Einzelheiten können sie dem beigefügten Schreiben des Vorsitzenden des Lenkungsausschusses entnehmen.

- 2) Der nächste Schritt war, die Vorstellungen der konzessionsgebundenen Kommunen zu konkretisieren und auszuarbeiten. Dafür war es notwendig eine Vertretung zu beauftragen. Die Lenkungsgruppe hat entsprechend vorgeschlagen, die Kanzlei Becker, Büttner, Held mit der Ausarbeitung des notwendigen Konzeptes zu beauftragen und entsprechende Vorbereitungen zu treffen.

Aufgrund dieses Vorschlages hat der Magistrat in seiner Sitzung vom 05.08.2013 beschlossen, mit der Kanzlei einen Mandatsvertrag sowie eine Vergütungsvereinbarung zu schließen. Hierfür fallen für die Stadt Stadtallendorf Kosten von zunächst rd. 5.500,-- € an.

Dieser Schritt war notwendig, um weiter am Verfahren beteiligt zu sein. Die letztendliche Entscheidung, ob wir uns als Stadt Stadtallendorf an einer künftigen Gesellschaft beteiligen wollen, kann später erfolgen.

- 3) Am 02.09.2013 fand beim Landkreis Marburg-Biedenkopf, vormittags, eine erste Unterrichtung durch die Kanzlei Becker, Büttner, Held statt. Dabei wurden den beteiligten Kommunen folgende Informationen gegeben.
 - a) Von der Kanzlei Becker, Büttner, Held wurden insgesamt 163 Kommunen angeschrieben, die noch Konzessionen bzw. Beteiligungen mit E.ON-Mitte AG haben. Von den 163 Gemeinden haben bereits 104 eine Zusage gegeben weiterhin am Transaktionsprozess beteiligt zu sein. 17 Gemeinden haben abgesagt, 41 Gemeinden haben noch keine Entscheidung getroffen bzw. baten um eine Fristverlängerung bis zum 30.09.2013, um bis dahin eine abschließende Information zu geben.
 - b) Die bisherigen Altaktionäre (11 Landkreise und die Stadt Göttingen, halten bisher 27 % an der E.ON Mitte AG). Landrat Fischbach teilt mit, dass es beabsichtigt ist, dass die Altaktionäre zunächst auch noch die restlichen 73% alleine erwerben. Sie halten dann 100 % der Anteile. Betroffen ist dabei nur die Netzsparte. Den Stromvertrieb behält der E.ON - Konzern. Nach der Transaktion wollen die Altaktionäre mindestens 51% der Anteile behalten und den interessierten Kommunen maximal 49% der Anteile anbieten.
 - c) Nach Auskunft von Landrat Fischbach war es Vorgabe des E.ON - Konzerns, nicht mit allen am Transaktionsprozess beteiligten Kreisen

- und Kommunen verhandeln zu wollen, sondern nur mit den Altaktionären. Daher erwerben die Landkreise und Göttingen im ersten Schritt 100% der Anteile allein. Erst nach dem Kauf sind die Altaktionäre dann bereit, den Kommunen ein komplettes Vertragspaket zu offerieren.
- d) Durch den Landrat wurde ferner mitgeteilt, dass die Anteile, die von den Kommunen nicht erworben werden, bei den Landkreisen verbleiben sollen.
 - e) Die Altaktionäre haben bisher noch kein abschließendes Konzept, wie die Beteiligung der Kommunen vorgenommen werden soll. Da es geplant ist, den Kauf im Dezember 2013 abzuschließen, geht man von konkreten Vergabegesprächen zu Beginn des Jahres 2014 aus.
 - f) Die Vertreter der Kanzlei gehen ferner davon aus, dass es nach der Rekommunalisierung der E.ON-Mitte AG zu keiner weiteren Kommunalisierung der Netze kommt. Da die Gemeinden die Möglichkeit haben sich an der Gesellschaft zu beteiligen, sollte das Netz auch zusammenhängend bleiben.
 - g) Zum Kaufpreis wurden noch keine Informationen gegeben, da dies bisher ausschließlich zwischen den Altaktionären und dem E.ON-Konzern besprochen und Vertraulichkeit vereinbart worden ist. Auch gaben bisher weder der E.ON -Konzern noch die Landkreise eine Information über die Wirtschaftlichkeit des Transaktionsprozesses an die Gemeinden weiter. Dies geschieht erst, wenn die Kreistage über den Kauf abgestimmt haben.
 - h) Die Beteiligungshöhe der einzelnen Kommunen ist noch festzulegen.
 - i) Bei der Konzeption der Mitsprache der Kommunen wird angestrebt, Regionalbeiräte zu etablieren. Der jeweilige Regionalbeirat soll aus dem betroffenen Landkreis und den kreisangehörigen Gemeinden bestehen und die Auffassung der Region vertreten. Jede Region entsendet dann ein Mitglied in den Aufsichtsrat.

Im nächsten Schritt will die Kanzlei Becker, Büttner, Held in eine Verhandlungsrunde mit den Altaktionären eintreten. Hierbei sollen zum einem die Vorstellungen der konzessionsgebenden Kommunen dargelegt und zum anderen die Möglichkeiten zur Einbindung in den Prozess ausgelotet werden.

Aus der Information wurde jedoch klar deutlich, dass die interessierten Kommunen an dem direkten Transaktionsprozess nicht mehr beteiligt sind, sondern erst wieder in die Verhandlungen eintreten können, wenn die Altaktionäre (11 Landkreise und die Stadt Göttingen) die Gesamtanteile erworben haben.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu 7 Mitteilungen

Herr Bürgermeister Somogyi weist auf die Sondersitzung „Hallenbadsanierung“ am 18.09.2013 hin.

Zu 8 Verschiedenes

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Schaub
Vorsitzende

Feldpausch
Schriftführer